

RECHTSWISSENSCHAFTEN
UND VERWALTUNG

Recht und Verwaltung

Schweickhardt/Vondung
Zimmermann-Kreher

Allgemeines Verwaltungsrecht

11., aktualisierte Auflage

Kohlhammer

Kohlhammer

Allgemeines Verwaltungsrecht

herausgegeben von

Prof. Dr. Annette Zimmermann-Kreher

aktuell bearbeitet von

Dr. Bernd Brenndörfer

Professor an der Hochschule für
öffentliche Verwaltung Kehl

Dr. Jürgen Fleckenstein

Professor an der Hochschule für
öffentliche Verwaltung Kehl

Dr. Michael Frey

Professor an der Hochschule für
öffentliche Verwaltung Kehl

Dr. Torsten Hartleb

Professor an der Hochschule für
öffentliche Verwaltung Kehl

Dr. Thorsten Hesselbarth

Professor an der Hochschule für
öffentliche Verwaltung Kehl

Dr. Gernot Joerger

ehem. Professor an der Hochschule für
öffentliche Verwaltung Kehl

Dr. Kay-Uwe Martens

Professor an der Hochschule für
öffentliche Verwaltung Kehl

Dr. Torsten Noak

Professor an der Hochschule für
öffentliche Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg

Dr. Hans-Ingo von Pollern

Lehrbeauftragter an der Hochschule
für öffentliche Verwaltung und
Finanzen Ludwigsburg

Dr. Gerald G. Sander

Professor an der Hochschule für
öffentliche Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg

Dr. Lars Steinhorst

Professor an der Hochschule für
öffentliche Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg

Ute Vondung

ehem. Professorin an der Hochschule
für öffentliche Verwaltung und
Finanzen Ludwigsburg

Dr. Christian Walker

Professor an der Hochschule für
öffentliche Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg

Dr. Annette Zimmermann-Kreher

Professorin an der Hochschule für
öffentliche Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg

11., aktualisierte Auflage

Verlag W. Kohlhammer

früher bearbeitet von

Dr. Franz W. Brunn

Rechtsanwalt, Fachanwalt für
Steuerrecht, Pforzheim

Dr. Hans Büchner

Rechtsanwalt, Stuttgart
ehem. Professor an der Hochschule für
öffentliche Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg

Dr. Heinz-Joachim Peters

Professor an der Hochschule für
öffentliche Verwaltung Kehl

Thomas Schad

ehem. Professor an der Hochschule
für öffentliche Verwaltung und
Finanzen Ludwigsburg

Martin Trockels

ehem. Professor an der Hochschule
für öffentliche Verwaltung Kehl

11. Auflage 2021

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-040594-3

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-17-040595-0

epub: ISBN 978-3-17-040596-7

mobi: ISBN 978-3-17-040597-4

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Vorwort zur 11. Auflage

Seit der ersten Auflage ist es gemeinsames Ziel der Autoren, das Allgemeine Verwaltungsrecht unter besonderer Berücksichtigung seiner Anwendung in der Verwaltungspraxis darzustellen, ohne dabei die dogmatischen Grundlagen zu kurz kommen zu lassen. Das Lehrbuch ist primär an den Bedürfnissen der Studierenden an den Hochschulen für öffentliche Verwaltung ausgerichtet, soll aber auch Verwaltungspraktikern, Studierenden der Rechtswissenschaften sowie Rechtsreferendaren einen praxisnahen Zugang zu der Materie ermöglichen. Diese Grundkonzeption, die durch eine systematische Darstellung unter Einbeziehung einer Vielzahl von Beispielen und praktischen Fällen gekennzeichnet ist, wird auch mit der vorliegenden Neuauflage weiterverfolgt. Die Neuauflage berücksichtigt den Rechtsstand zum 28. Februar 2021. Insbesondere wurde das Datenschutzrecht (Kapitel 16) unter Berücksichtigung der Datenschutz-Grundverordnung, des neuen Landesdatenschutzgesetzes sowie weiterer datenschutzrechtlicher Bestimmungen überarbeitet. Auch die am 17.1.2021 in Kraft getretene Neufassung des baden-württembergischen Polizeigesetzes sowie die Anpassung des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes an das Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes mit Wirkung zum 17.2.2021 wurden berücksichtigt.

Besonderer Dank gilt unserem Kollegen Prof. Dr. Heinz-Joachim Peters, der als langjähriger Mitautor maßgeblich an der Weiterentwicklung des Werkes mitgewirkt hat, sowie den neu hinzugetretenen Kollegen Prof. Dr. Torsten Hartleb und Prof. Dr. Thorsten Hesselbarth, die eine zeitnahe Aktualisierung ermöglicht haben.

Für Anregungen und Kritik – vor allem auch aus dem Kreis der Studierenden – ist das Autorenteam weiterhin dankbar.

Im März 2021

Annette Zimmermann-Kreher

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 11. Auflage	V
Literaturverzeichnis	XXIX
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Teil I Grundlagen der öffentlichen Verwaltung	1
Kapitel 1 Die öffentliche Verwaltung als Teil der öffentlichen Gewalt <i>(Brenndörfer/Trockels)</i>	3
A. Einordnung des Verwaltungsrechts in einen Gesamtzusammenhang . . .	3
B. Verwaltungsbegriff und Arten der Verwaltung	4
I. Begriff der Verwaltung	4
1. Negative Definition	4
2. Positive Definition	5
II. Arten der Verwaltung	5
1. Unterscheidung nach Aufgaben	5
2. Unterscheidung nach der Rechtsform des Handelns	6
3. Unterscheidung nach Wirkung für den Bürger	7
C. Träger öffentlicher Verwaltung	8
I. Unmittelbare Staatsverwaltung	8
II. Mittelbare Staatsverwaltung	9
1. Körperschaften des öffentlichen Rechts	9
2. Anstalten des öffentlichen Rechts	9
3. Stiftungen des öffentlichen Rechts	9
4. Beliehene	10
III. Zusammenfassung	11
D. Verwaltungsaufbau und -aufsicht	11
I. Verwaltungsaufbau	11
1. Unmittelbare Landesverwaltung	11
2. Mittelbare Landesverwaltung	12
II. Staatsaufsicht	13
1. Dienstaufsicht	13
2. Fachaufsicht	13
3. Rechtsaufsicht	13
E. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen	14
I. Vertiefungshinweise	14
II. Wiederholungsfragen	14

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 2	Rechtliche Grundlagen der öffentlichen Verwaltung	
	<i>(Sander/Schad)</i>	15
A.	Öffentliches und privates Recht	15
I.	Einführung	15
II.	Zuordnungskriterien	16
1.	Abschließende Zuweisungsregelungen	16
2.	Abgrenzungstheorien	17
3.	Zuordnung von Benutzungsverhältnissen	20
4.	Vermutungsregel	20
III.	Zweistufige Rechtsverhältnisse als Mischform	21
B.	Quellen des Verwaltungsrechts	22
I.	Begriff und Bedeutung	22
II.	Die geschriebenen Rechtsquellen	22
1.	Normenhierarchie	22
2.	Prüfungs- und Verwerfungskompetenz	23
3.	Die einzelnen Rechtsquellen in ihrer Rangfolge	25
III.	Ungeschriebenes Recht: Gewohnheitsrecht	28
IV.	Richterrecht und Allgemeine Rechtsgrundsätze	29
1.	Richterrecht	29
2.	Allgemeine Rechtsgrundsätze	30
V.	Rechtsquellen des „Innenrechts“ mit faktischer Außenwirkung	30
1.	Verwaltungsvorschriften	30
2.	Sonderverordnungen	31
C.	Subjektive öffentliche Rechte	32
I.	Bedeutung	32
II.	Begriffliche Erfassung	32
III.	Einfluss des Europäischen Unionsrechts	35
D.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen	36
I.	Vertiefungshinweise	36
II.	Wiederholungsfragen	36
Kapitel 3	Grundlagen des Verwaltungsrechts der Europäischen Union	
	<i>(Frey/Peters)</i>	38
A.	Einführung	38
B.	Europäische Union	38
I.	Die Säulen der Europäischen Union	38
II.	Die Institutionen der EU	39
1.	Der Europäische Rat	39
2.	Das Europäische Parlament	39
3.	Der Rat (oder Rat der Europäischen Union)	39

Inhaltsverzeichnis

4.	Die Kommission	39
5.	Der Gerichtshof der Europäischen Union	40
6.	Die Europäische Zentralbank	40
7.	Der Rechnungshof	40
C.	Das Recht der Europäischen Union	40
I.	Primärrecht	40
1.	Politikfelder	40
2.	Grundfreiheiten	42
3.	Grundrechte	43
II.	Sekundärrecht	44
1.	Verordnungen	44
2.	Richtlinien	44
3.	Entscheidungen, Empfehlungen und Stellungnahmen	45
D.	Verhältnis von Gemeinschaftsrecht und nationalem Recht	46
I.	Anwendungsvorrang	46
II.	Verwerfungskompetenz	46
E.	Verwaltungsvollzug des Unionsrechts	46
I.	Direkter Vollzug durch die Exekutive der EU	46
1.	Materielle Rechtsgrundlagen	47
2.	Handlungsformen	47
3.	Verwaltungsverfahren	47
II.	Indirekter Vollzug durch die Exekutive der Mitgliedstaaten	47
1.	Unmittelbarer Vollzug	47
2.	Mittelbarer Vollzug	48
F.	Rechtsschutz	48
I.	Vertragsverletzungsverfahren durch die Kommission	48
II.	Vertragsverletzungsverfahren durch Mitgliedstaaten	49
III.	Nichtigkeitsklagen	49
IV.	Untätigkeitsklagen	49
V.	Vorabentscheidungen	49
VI.	Schadensersatzklagen	50
G.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen	50
I.	Vertiefungshinweise	50
II.	Wiederholungsfragen	50

Inhaltsverzeichnis

Teil II	Das Handeln der öffentlichen Verwaltung	51
Kapitel 4	Gebundenheit und Freiheit der Verwaltung	
	<i>(Brenndörfer/Trockels)</i>	53
A.	Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	53
I.	Vorrang des Gesetzes	53
II.	Vorbehalt des Gesetzes	53
B.	Unbestimmter Rechtsbegriff und Beurteilungsspielraum	55
I.	Allgemeines	55
II.	Unbestimmte Rechtsbegriffe	55
III.	Beurteilungsspielraum	56
1.	Fallgruppen von Beurteilungsspielraum	56
2.	Gerichtliche Überprüfbarkeit	56
IV.	Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe	57
1.	Wörtliche Auslegung	57
2.	Systematische Auslegung	58
3.	Teleologische Auslegung	59
4.	Historische Auslegung	59
C.	Ermessen	60
I.	Begriff	60
II.	Einräumung von Ermessen	60
1.	Ermessensvorschriften	60
2.	Soll-Vorschriften	61
III.	Richtige Ermessensausübung	61
1.	Ermessensausübung	61
2.	Zweckentsprechende Ermessensausübung	62
3.	Beachtung der gesetzlichen Grenzen	62
IV.	Ermessensreduzierung auf Null	67
1.	Bedeutung	67
2.	Voraussetzungen	67
3.	Praktische Relevanz	68
D.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen	68
I.	Vertiefungshinweise	68
II.	Wiederholungsfragen	68
Erster Abschnitt	Der Verwaltungsakt	70
Kapitel 5	Bedeutung, Begriff und Arten des Verwaltungsakts	
	<i>(Brenndörfer/Trockels)</i>	70
A.	Bedeutung des Verwaltungsakts	70
I.	Allgemeine Bedeutung des Verwaltungsakts	70

II.	Praktische Relevanz des Verwaltungsakts	70
1.	Verfahrensrechtliche Bedeutung	70
2.	Materiell-rechtliche Bedeutung	70
3.	Vollstreckungsrechtliche Bedeutung	70
4.	Rechtsschutzfunktion	71
B.	Begriffsmerkmale des Verwaltungsakts	71
I.	Hoheitliche Maßnahme	71
II.	Behörde	72
III.	Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts	73
IV.	Regelung	73
1.	Begriff	73
2.	Abgrenzungen	73
V.	Unmittelbare Außenwirkung	74
1.	Innerdienstliche Weisungen	74
2.	Zustimmung anderer Verwaltungsbehörden (Mehrstufiger Verwaltungsakt)	75
VI.	Einzelfall	76
1.	Begriff	76
2.	Allgemeinverfügung	77
C.	Arten von Verwaltungsakten	79
I.	Befehlende, gestaltende und feststellende Verwaltungsakte	79
II.	Begünstigende und belastende Verwaltungsakte	79
III.	Einstufige und Mehrstufige Verwaltungsakte	80
IV.	Verwaltungsakte mit Drittwirkung	80
D.	Besondere Formen	80
I.	Vorläufiger Verwaltungsakt	80
II.	Vorsorglicher Verwaltungsakt	81
III.	Vorbescheid	81
IV.	Zusage und Zusicherung	81
1.	Begriff und Rechtsnatur	81
2.	Die Zusicherung	82
E.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen	84
I.	Vertiefungshinweise	84
II.	Wiederholungsfragen	84
Kapitel 6 Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt		
	<i>(Vondung)</i>	85
A.	Einführung	85
B.	Arten, Rechtswirkungen und Abgrenzungsprobleme	85
I.	Arten und Rechtswirkungen	85
1.	Befristung	85

Inhaltsverzeichnis

2. Bedingung	86
3. Widerrufsvorbehalt.	87
4. Auflage.	88
5. Auflagenvorbehalt	89
6. Keine Nebenbestimmung: Die sog. modifizierende Genehmigung	90
II. Abgrenzungsprobleme	91
1. Abgrenzung zu sonstigen Nebenregelungen	91
2. Abgrenzung zu bloßen Hinweisen auf die Rechtslage	91
3. Abgrenzung zu Inhaltsbestimmungen	91
4. Abgrenzung zum Vorbehalt der endgültigen Entscheidung	92
5. Abgrenzung zwischen Auflage und Bedingung	92
C. Zulässigkeit und Rechtmäßigkeit	93
I. Zulässigkeit	93
1. Nebenbestimmungen beim gebundenen Verwaltungsakt	94
2. Nebenbestimmungen bei Ermessensakten	95
II. Grenzen der Zulässigkeit	96
1. Ausschluss durch Rechtsvorschriften	96
2. Verstoß gegen den Zweck des VA	96
3. Ausschluss aus der Natur der Sache	97
III. Weitere Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	98
D. Folgen der Rechtswidrigkeit von Nebenbestimmungen und Rechtsschutzprobleme	98
I. Problemstellung: Anfechtungs- oder Verpflichtungsklage?	98
II. Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (h. M.)	99
III. Klassische Literaturauffassung	100
IV. Rechtsschutz Dritter gegen Nebenbestimmungen.	100
V. Rechtsschutz gegen Nebenbestimmungen im Widerspruchsverfahren	100
VI. Rechtsschutz gegen modifizierende Genehmigungen	101
E. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen	101
I. Vertiefungshinweise.	101
II. Wiederholungsfragen.	101
Kapitel 7 Bekanntgabe des Verwaltungsakts	
<i>(Sander/Schad)</i>	103
A. Einführung	103
I. Bedeutung	103
II. Definition	103
B. Formlose Bekanntgabe des Verwaltungsakts	103
I. Grundsatz: Freiheit der Form der Bekanntgabe.	103

II.	Notwendigkeit der Bekanntgabe	104
III.	Zeitpunkt der Bekanntgabe.	106
IV.	Rechtsfolgen der Bekanntgabe.	107
C.	Förmliche Bekanntgabe des Verwaltungsakts durch Zustellung	109
I.	Vorbemerkung	109
II.	Zustellungsarten	110
1.	Allgemeines	110
2.	Zustellung durch die Post mit Zustellungsurkunde	110
3.	Zustellung durch die Post mittels eingeschriebenen Briefes	110
4.	Zustellung durch die Behörde gegen Empfangsbekanntnis	112
5.	Elektronische Zustellung gegen Abholbestätigung über De-Mail-Dienste	113
6.	Öffentliche Zustellung	114
III.	Gemeinsame Regelungen für alle Zustellungsarten	114
1.	Zustellung an mehrere Beteiligte	114
2.	Zustellung an gesetzliche Vertreter	115
3.	Zustellung an Bevollmächtigte	116
4.	Heilung von Zustellungsmängeln	116
D.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen	118
I.	Vertiefungshinweise	118
II.	Wiederholungsfragen.	118

Kapitel 8 Fehlerfreier (rechtmäßiger) Verwaltungsakt
(Zimmermann-Kreher/Büchner) 119

A.	Einführung	119
B.	Prüfprogramme zur Vermeidung von Fehlern	119
I.	Schema für den Erlass eines rechtmäßigen Verwaltungsakts	120
1.	Erläuterung.	120
2.	Prüfschema für den Erlass eines rechtmäßigen Verwaltungsakts	120
II.	Schema für die nachträgliche Rechtmäßigkeitsprüfung	121
III.	Schema für die Rechtmäßigkeitsprüfung eines Vollstreckungsakts	122
C.	Einzelne Rechtmäßigkeitskriterien	122
I.	Formelle Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	122
1.	Beachtung von Zuständigkeitsregelungen	122
2.	Beachtung von Verfahrensvorschriften	122
3.	Beachtung von Formvorschriften, Begründungspflichten und Fristen	123
4.	Keine Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen: Rechtsbehelfsbelehrung und Bekanntgabe	123
II.	Materielle (inhaltliche) Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen.	124

Inhaltsverzeichnis

1. Tatbestand der Ermächtigungsgrundlage	124
2. Tatbestand der Anspruchsgrundlage	125
3. Zulässiger Adressat.	126
4. Zulässige Rechtsfolge: Beachtung der Schranken des Ermessens/Unterschied zum Beurteilungsspielraum	127
5. Inhaltliche Bestimmtheit.	129
D. Einfluss des Europarechts.	130
I. Stellung im Prüfprogramm	130
II. Direkter Vollzug durch die EU-Exekutive.	130
III. Indirekter Vollzug durch die Exekutive der Mitgliedstaaten.	131
1. Unmittelbarer Vollzug	131
2. Mittelbarer Vollzug.	131
3. Anwendungsgrundsatz	131
E. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen	131
I. Vertiefungshinweise.	131
II. Wiederholungsfragen.	131
Kapitel 9 Fehlerfolgen	
<i>(Zimmermann-Kreber/Büchner)</i>	133
A. Einführung	133
I. Begriff der Rechtswidrigkeit	133
II. Die Bedeutung der Rechtswidrigkeit.	133
III. Folgen der Rechtswidrigkeit für die Wirksamkeit des Verwaltungsakts.	133
1. Unterscheidung Nichtigkeit/schlichte Rechtswidrigkeit	133
2. Aufhebbarkeit des schlicht rechtswidrigen Verwaltungsakts.	134
3. Die Aufhebbarkeit des nichtigen Verwaltungsakts	134
4. Schema zur Aufhebbarkeit.	134
B. Nichtakt (Nichtverwaltungsakt)	135
I. Begriff.	135
II. Anwendungsbeispiele	136
1. Amtsanmaßung.	136
2. Unmittelbarer Zwang.	136
3. Scherzhandlungen	136
III. Rechtsfolgen.	136
IV. Verfahrensrechtliche Behandlung.	136
C. Bloße Unrichtigkeiten	137
I. Begriff und Erscheinungsformen	137
II. Rechtsfolgen der bloßen Unrichtigkeit	137
1. Folgen bei offensichtlichen Unrichtigkeiten	137
2. Folgen bei fehlender Rechtsbehelfsbelehrung	137

3.	Folgen bei unzumutbarem Verwaltungsakt	138
4.	Folgen bei nicht zwingenden Verfahrensvorschriften	138
D.	Der nichtige Verwaltungsakt	138
I.	Begriff und Folgen der Nichtigkeit	138
II.	Voraussetzungen der Nichtigkeit	139
1.	Überblick	139
2.	Evidenzunabhängige Nichtigkeitsgründe (Positivkatalog)	139
3.	Nichtigkeitsirrelevante Fehler (Negativkatalog)	141
4.	Die evidenzabhängigen (relativen) Nichtigkeitsgründe (Generalklausel)	142
III.	Die Teilnichtigkeit	144
IV.	Umdeutung eines nichtigen Verwaltungsakts	144
V.	Die Feststellung der Nichtigkeit	144
1.	Feststellungsbedürfnis	144
2.	Feststellungsklage nach § 43 VwGO (§ 55 I Nr. 4 SGG)	144
3.	Antrag nach § 44 V LVwVfG (§ 40 V SGB X)	144
4.	Anfechtungswiderspruch und Anfechtungsklage nach §§ 68 und 42 VwGO (§§ 78 und 54 SGG)	145
E.	Schlicht rechtswidriger Verwaltungsakt	145
I.	Begriff und Folgen	145
II.	Bedeutung	145
III.	Die Heilbarkeit nach § 45 LVwVfG (§ 41 SGB X)	146
1.	Begriff und Bedeutung	146
2.	Die heilbaren Fehler	146
3.	Form und Zeitpunkt der Heilung	147
4.	Heilung und Rechtsbehelfsfristen	148
5.	Heilung und Kostenfolge im Widerspruchsverfahren	149
6.	Folgen unterbliebener Heilung	149
IV.	Die Unbeachtlichkeit nach § 46 LVwVfG (§ 42 SGB X)	149
1.	Begriff und Bedeutung	149
2.	Voraussetzungen	149
3.	Folgen der Unbeachtlichkeit	151
4.	Anwendungsbereich	151
V.	Die Umdeutung	151
1.	Grundlegendes	151
2.	Voraussetzungen	152
3.	Rechtsschutz	153
VI.	Teilweise schlichte Rechtswidrigkeit	153
F.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen	153
I.	Vertiefungshinweise	153
II.	Wiederholungsfragen	154

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 10 Bestandskraft des Verwaltungsakts <i>(Zimmermann-Kreber/Noak/Büchner)</i>	155
A. Einführung	155
B. Bestandskraft	155
I. Begriff und Wesen	155
1. Formelle Bestandskraft (Unanfechtbarkeit)	155
2. Materielle Bestandskraft	156
II. Gegenstand und rechtliche Tragweite der materiellen Bestandskraft	156
1. Allgemeines	156
2. Besonderheiten des Sozialrechts	157
III. Durchbrechung der formellen und materiellen Bestandskraft	157
C. Wiederaufgreifen des Verfahrens nach dem LVwVfG	158
I. Einführung	158
1. Bedeutung	158
2. Systematik	158
3. Anwendungsbereich	159
4. Folgen des Wiederaufgreifens	159
5. Folgen des „Nicht-Wiederaufgreifens“	160
6. Schematische Übersicht.	161
II. Der Anspruch auf Wiederaufgreifen des Verfahrens (Wiederaufgreifen i. e. S.).	163
1. Zulässigkeit des Antrags nach § 51 I bis III LVwVfG	163
2. Begründetheit des Antrags gem. § 51 LVwVfG	165
III. Der Anspruch auf Wiederaufgreifen des Verfahrens wegen Ermessensreduzierung auf Null (Wiederaufgreifen i. w. S.)	165
IV. Verhältnis zu Rücknahme und Widerruf	166
D. Rücknahme und Widerruf von Verwaltungsakten nach dem LVwVfG	166
I. Einführung	166
1. Begriffe	167
2. Rechtmäßigkeit – Rechtswidrigkeit des aufzuhebenden VA	167
3. Belastende – begünstigende Verwaltungsakte	168
4. Spezialgesetzliche Vorschriften	170
II. Formelle Voraussetzungen für Rücknahme und Widerruf.	170
III. Rücknahme (rechtswidriger) belastender Verwaltungsakte	171
1. Voraussetzungen	171
2. Ermessen	171
IV. Rücknahme (rechtswidriger) begünstigender Verwaltungsakte	171
1. Rücknahme von Geld- und Sachleistungsverwaltungsakten (Abs. 2).	172
2. Die Rücknahme „sonstiger“ Verwaltungsakte (Abs. 3)	177
V. Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte mit Doppelwirkung	180

1. Begriff	180
2. Problemstellung	180
3. Problemlösung	180
VI. Widerruf (rechtmäßiger) belastender Verwaltungsakte	181
1. Voraussetzungen	181
2. Ermessen	181
VII. Widerruf (rechtmäßiger) begünstigender Verwaltungsakte	181
1. Voraussetzung: Widerrufsgrund	181
2. Ermessen	184
3. Folgewirkungen des Widerrufs	185
VIII. Widerruf von Verwaltungsakten mit Doppelwirkung.	185
E. Wiederaufgreifen des Verfahrens und Aufhebung von Verwaltungsakten nach dem SGB X	186
I. Einführung	186
II. Wiederaufgreifen des Verfahrens nach dem SGB X	186
III. Übersicht über die Aufhebung von Verwaltungsakten nach dem SGB X	187
1. Grundlegendes	187
2. Rücknahme belastender Verwaltungsakte (§ 44 SGB X)	188
3. Rücknahme begünstigender Verwaltungsakte (§ 45 SGB X)	191
4. Widerruf belastender Verwaltungsakte (§ 46 SGB X)	194
5. Widerruf begünstigender Verwaltungsakte (§ 47 SGB X)	195
6. Aufhebung eines Verwaltungsaktes mit Dauerwirkung wegen nachträglicher Änderung der Verhältnisse (§ 48 SGB X)	196
7. Erstattung zu Unrecht erbrachter Leistungen (§ 50 SGB X)	198
8. Die Rückgabe von Urkunden und Sachen	199
F. Einflüsse des Unionsrechts	199
I. Indirekter Vollzug durch die Exekutive der Mitgliedstaaten.	199
1. Anwendungsgrundsatz	199
2. Äquivalenzgrundsatz und Effizienzgebot	199
II. Bestandskraft unionsrechtswidriger Verwaltungsakte	199
1. Rechtsprechung des EuGH	199
2. Umsetzung in nationales Recht	200
III. Rücknahme unionsrechtswidriger Verwaltungsakte	200
1. Grund der Unionsrechtswidrigkeit	200
2. Europarechtliche Korrektur der Rücknahmebestimmungen	200
G. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen	201
I. Vertiefungshinweise	201
II. Wiederholungsfragen	201

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 11 Bescheidtechnik und Bescheid-Qualitäts-Management <i>(Brenndörfer/Joergler)</i>	203
A. Begriff und Bedeutung der Bescheidtechnik – Erweiterung zum Bescheid-Qualitäts-Management	203
I. Begriffe Bescheidtechnik und Bescheid-Qualitäts-Management	203
1. Einführung	203
2. Empfehlung: Einbettung der Bescheidtechnik in ein umfassendes Bescheid-Qualitäts-Management	204
3. Bescheidtechnik und Informationstechnologie	205
II. Die große Bedeutung der Kommunikation von und in Behörden.	206
B. Aufbau und Inhalt von Bescheiden	209
I. Beispiel	209
II. Gliederung	212
III. Einleitung	212
IV. Tenor	213
1. Tenorierung des Entscheidungssatzes	213
2. Tenorierung von Nebenbestimmungen	214
3. Tenorierung der Anordnung der sofortigen Vollziehung	214
4. Tenorierung der Androhung von Zwangsmitteln	215
5. Gebührenentscheidung	216
6. Hinreichende Bestimmtheit	217
V. Begründung	217
1. Allgemeine Überlegungen	217
2. Der Sachverhalt	222
3. Die rechtlichen Gründe	222
VI. Rechtsbehelfsbelehrung	228
VII. Grußformel und Unterschrift	229
VIII. Interne Bearbeitungsvermerke	229
C. Widerspruchsbescheide	230
I. Das Widerspruchsverfahren im Überblick	230
II. Der Widerspruchsbescheid	231
1. Tenor	232
2. Begründung	235
D. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen	236
I. Vertiefungshinweise	236
II. Wiederholungsfragen	237

Zweiter Abschnitt Besondere Handlungsformen	238
Kapitel 12 Der öffentlich-rechtliche Vertrag (<i>Steinhorst</i>)	238
A. Einführung	238
B. Rechtsgrundlagen	238
C. Begriff des öffentlich-rechtlichen Vertrages i. S. d. §§ 54 LVwVfG (§§ 53 ff. SGB X)	239
I. Vertrag	239
1. Allgemeines	239
2. Abgrenzung von anderen Kooperationsformen	240
II. Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts	241
1. Verwaltungsrechtliche Verträge	241
2. Abgrenzung von privatrechtlichen Verträgen	241
3. Gemischte und zusammengesetzte Verträge	242
III. Begründung, Änderung oder Aufhebung eines Rechtsverhältnisses	242
D. Arten öffentlich-rechtlicher Verträge	243
I. Koordinations- und subordinationsrechtliche Verträge	243
II. Verpflichtungs- und Verfügungsverträge	244
III. Vergleichs- und Austauschverträge	244
E. Die Rechtmäßigkeit eines öffentlich-rechtlichen Vertrages	246
I. Ermächtigungsgrundlage; Vertragsformverbote	246
II. Formelle Rechtmäßigkeit des öffentlich-rechtlichen Vertrages	247
1. Zuständigkeit	247
2. Mitwirkungserfordernisse	247
3. Form	249
III. Materielle Rechtmäßigkeit des öffentlich-rechtlichen Vertrages	250
1. Allgemeines	250
2. Vergleichsvertrag	250
3. Austauschvertrag	251
F. Der fehlerhafte öffentlich-rechtliche Vertrag	252
I. Allgemeines	252
II. Nichtigkeitsgründe (§ 59 LVwVfG; § 58 SGB X)	253
1. Prüfungsreihenfolge	253
2. Nichtigkeitsgründe nach § 59 II LVwVfG (§ 58 II SGB X)	253
3. Nichtigkeitsgründe nach § 59 I LVwVfG (§ 58 I SGB X)	255
III. Teilnichtigkeit	257
G. Vertragsabwicklung und Leistungsstörungen	257
I. Anwendung zivilrechtlicher Vorschriften	257
II. Anpassung und Kündigung in besonderen Fällen	259

Inhaltsverzeichnis

H. Die Durchsetzung von Ansprüchen aus einem öffentlich-rechtlichen Vertrag	259
I. Rechtsweg	259
II. Statthafte Klageart	260
III. Unterwerfung unter die sofortige Vollstreckung	261
IV. Beispiel eines öffentlich-rechtlichen Vertrages.	262
I. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen	263
I. Vertiefungshinweise.	263
II. Wiederholungsfragen.	263
Kapitel 13 Planung und Plan <i>(Hartleb/Peters)</i>	264
A. Einführung	264
B. Planungsarten	264
I. Allgemeine staatliche Planung.	264
II. Raumplanung.	264
1. Räumliche Gesamtplanung	264
2. Räumliche Fachplanung	265
C. Planungsprozess	266
I. Rechtscharakter	266
II. Inhaltliche Anforderungen	267
1. Planrechtfertigung	267
2. Planungsleitsätze	267
3. Abwägung	267
4. Abstimmungsgebot	269
5. Rechtsformen für die Planungsinhalte	270
III. Planaufstellungsverfahren	271
1. Überörtliche Gesamtplanung.	271
2. Bauleitplanung	271
3. Schutzgebietsfestsetzungen	271
4. Planfeststellungsverfahren	271
5. Plangenehmigungsverfahren	272
IV. Plansicherungsmaßnahmen	272
1. Raumordnungsverfahren.	272
2. Planerische Untersagung	272
D. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen	273
I. Vertiefungshinweise.	273
II. Wiederholungsfragen.	273

Teil III	Verwaltungsverfahren	275
Kapitel 14	Allgemeines Verwaltungsverfahren	
	<i>(Walker/Schad)</i>	277
A.	Einführung	277
I.	Anwendungsbereich der Verwaltungsverfahrensgesetze	277
1.	Warum Verwaltungsverfahrensgesetze?	277
2.	Anwendungsbereich	277
II.	Begriff des Verwaltungsverfahrens	278
1.	Tätigkeit von Behörden	278
2.	Externe Wirkung	279
3.	Verfahrensergebnis	279
4.	Das allgemeine Verwaltungsverfahren	279
III.	Nichtförmlichkeit des Verwaltungsverfahrens	280
1.	Einführung	280
2.	Form des Verwaltungsakts und Rechtsbehelfsbelehrung	280
IV.	Amtssprache	284
1.	Einführung	284
2.	Das Fristenproblem	285
B.	Behörde	285
I.	Begriff	285
II.	Zuständigkeit	286
1.	Arten von Zuständigkeiten	286
2.	Durchbrechung der Zuständigkeiten	287
3.	Verhalten bei Unzuständigkeit	287
III.	Ausgeschlossene Personen und Besorgnis der Befangenheit	288
1.	Ausgeschlossene Personen	288
2.	Besorgnis der Befangenheit	289
C.	Verfahrensbeteiligte	289
I.	Beteiligungsfähigkeit und Handlungsfähigkeit	289
II.	Beteiligte	290
III.	Bevollmächtigte und Beistände	291
D.	Verfahrensrechte	292
I.	Das Recht auf Beratung und Auskunft	292
1.	Vorrang des Gesetzes	292
2.	Anwendung	293
3.	Folgen einer Zuwiderhandlung	293
II.	Das Recht auf Akteneinsicht	293
1.	Die Anspruchsvoraussetzungen des § 29 I LVwVfG	294
2.	Die Anspruchshindernisse des § 29 II LVwVfG	295
3.	Art der Akteneinsicht	296

Inhaltsverzeichnis

4.	Exkurs: Das Akteneinsichtsrecht im Verfahren vor Verwaltungsgerichten und Sozialgerichten	297
5.	Informationsfreiheitsgesetze.	297
6.	Weitergehende Einflüsse des Europarechts	298
III.	Das Recht auf Anhörung	298
1.	Die Anspruchsvoraussetzungen des § 28 I LVwVfG.	299
2.	Die Anspruchshindernisse	300
IV.	Das Recht auf Schutz personenbezogener Daten.	300
1.	Geschützte Rechtsgüter.	301
2.	Schutz wovor?	301
3.	Befugnis zum Verarbeiten/Offenbaren	301
V.	Das Recht auf Begründung eines Verwaltungsakts.	301
1.	Die Anspruchsvoraussetzungen des § 39 I LVwVfG.	302
2.	Die Anspruchshindernisse des § 39 II LVwVfG.	303
3.	Folgen einer Zuwiderhandlung	304
VI.	Weitere Verfahrensrechte	304
E.	Fristen, Termine, Wiedereinsetzung	305
I.	Fristen und Termine.	305
1.	Begriffe	305
2.	Grundsätzliche Verweisung auf das BGB	305
3.	Besonderheiten des Verwaltungsverfahrens.	305
II.	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.	305
1.	Voraussetzungen	306
2.	Verfahren	306
F.	Beginn, Durchführung und Ende des Verfahrens	306
I.	Beginn des Verfahrens	306
1.	Von Amtswegen/auf Antrag	306
2.	Form eines Antrags.	308
3.	Antragsinteresse.	310
II.	Der Untersuchungsgrundsatz	310
1.	Wesen und Umfang	310
2.	Mitwirkungspflicht	311
III.	Mitwirkung anderer Behörden	312
1.	Mitwirkungsarten	312
2.	Rechtsnatur der Mitwirkungshandlung	313
IV.	Amtshilfe.	314
1.	Anwendungsbereich und Begriff.	314
2.	Voraussetzungen und Grenzen	315
3.	Beginn, Durchführung, Kosten.	315
V.	Beweiserhebung	316
1.	Beweismittel	316
2.	Mitwirkung der Beteiligten	317

3. Beweiswürdigung	317
4. Materielle Beweislast	317
5. Formelle Beweislast	318
VI. Ende des Verfahrens	318
G. Folgen eines Verstoßes gegen Verfahrensvorschriften	319
I. Rechtswidrigkeit	319
II. Heilung	319
III. Unbeachtlichkeit	319
IV. Klagemöglichkeit	320
H. Verfahrenskosten	320
I. Rechtsgrundlagen	320
II. Begriffliches	321
1. Gebühren	321
2. Auslagen	322
III. Gebührengrundsätze	322
1. Entstehungsgrund	322
2. Bemessung	324
IV. Die Kostenentscheidung	324
I. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen	325
I. Vertiefungshinweise	325
II. Wiederholungsfragen	325
Kapitel 15 Besondere Verwaltungsverfahren	
<i>(Hesselbarth/Peters)</i>	326
A. Einführung	326
B. Förmliches Verwaltungsverfahren	326
I. Anwendbarkeit der Regelungen des förmlichen Verwaltungsverfahrens	326
II. Bestandteile des förmlichen Verwaltungsverfahrens	326
III. Einzelne Verfahrensbesonderheiten	327
1. Verpflichtung zur Anhörung von Beteiligten	327
2. Mündliche Verhandlung	327
3. Formerfordernisse	328
4. Rechtsbehelfe	328
C. Planfeststellungsverfahren	328
I. Anwendbarkeit der Regelungen des Planfeststellungsverfahrens	328
II. Verfahrensgang	329
1. Beginn des Verfahrens	329
2. Behördenbeteiligung	329
3. Öffentlichkeitsbeteiligung	329
4. Beteiligung anerkannter Verbände	329

Inhaltsverzeichnis

5. Erörterungstermin	329
6. Stellungnahme der Anhörungsbehörde	329
III. Planfeststellungsbeschluss	330
IV. Rechtsbehelfe	330
V. Besondere Wirkungen der Planfeststellung	330
1. Konzentrations- und Ersetzungswirkung der Planfeststellung	330
2. Präklusionswirkung	331
D. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen	331
I. Vertiefungshinweise	331
II. Wiederholungsfragen	331
Kapitel 16 Datenschutzrecht	
(<i>Martens</i>)	332
A. Einführung	332
B. Gesetzliche Grundlagen	332
I. Allgemeines	332
II. Allgemeine Datenschutzgesetze	334
1. Landesrechtliche Regelung – das Landesdatenschutzgesetz (LDSG)	334
2. Bundesrechtliche Regelung – das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)	338
III. Bereichsspezifische Datenschutzregelungen	338
1. Beispiel: Sozialdatenschutz nach dem SGB	338
2. Beispiel: Bundesmeldegesetz	341
C. Einfluss des Europarechts	343
D. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen	344
I. Vertiefungshinweise	344
II. Wiederholungsfragen	344
Kapitel 17 Verwaltungsvollstreckungsverfahren	
(<i>von Pollern/Brunn</i>)	345
A. Einführung	345
Begriff und Wesen der Verwaltungsvollstreckung	345
B. Anwendungsbereiche der Verwaltungsvollstreckungsgesetze von Bund und Land	346
I. Anwendungsbereich des Bundesverwaltungsvollstreckungsgesetz (VwVG)	346
II. Anwendungsbereich des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für Baden- Württemberg (LVwVG)	346

C. Die Vollstreckungsverfahrensarten	347
Systematische Grundunterscheidung der Verfahrensarten nach der zu vollstreckenden Pflicht	347
1. Das Beitreibungsverfahren	347
2. Der Verwaltungszwang im engeren Sinne	348
D. Vollstreckungsvoraussetzungen	348
Vollstreckungstitel	348
1. Rechtssystematische Unterschiede zwischen Bundes- und Landesrecht	348
2. Anforderungen an den Vollstreckungstitel	349
E. Zwangsmittel des Verwaltungszwangs im engeren Sinn nach dem LVwVG	351
I. Die Zwangsmittel im Einzelnen	351
1. Zwangsgeld, Ersatzzwangshaft, Ersatzvornahme	351
2. Unmittelbarer Zwang (§§ 26 bis 28 LVwVG) und unmittelbare Ausführung	353
II. Allgemeine Vollstreckungsgrundsätze	358
III. Verhältnis der einzelnen Zwangsmittel zueinander	359
F. Verfahrenssubjekte der Verwaltungsvollstreckung	360
I. Verfahrenssubjekte und Verfahrensbeteiligte	360
II. Die Vollstreckungsbehörde im Bundes- und Landesrecht	360
III. Der Vollstreckungsgläubiger	361
IV. Der Vollstreckungsschuldner	362
1. Begriff des Vollstreckungsschuldners	362
2. Sonderprobleme bei bestimmten Vollstreckungsschuldnern	362
G. Verfahrensablauf im Verwaltungsvollstreckungsverfahren nach dem LVwVG	365
I. Verfahrensablauf im Beitreibungsverfahren	365
1. Prüfung der Vollstreckungsvoraussetzungen	365
2. Verfahrensgang bis zur Pfändung beweglicher Sachen und Forderungen bzw. bis zur Vornahme der entsprechenden Vollstreckungsmaßnahmen bei der Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen	366
3. Das Verwertungsverfahren	367
II. Ablauf des Verwaltungszwangsverfahrens	368
III. Schema: Arten der Verwaltungsvollstreckung und Grundzüge des Verfahrensablaufs	373
IV. Die Einstellung des Vollstreckungsverfahrens	374
V. Die Kosten des Verwaltungsvollstreckungsverfahrens	375
H. Rechtsschutz in der Verwaltungsvollstreckung	376
I. Rechtswegbestimmung	376

Inhaltsverzeichnis

II.	Statthaftigkeit von Rechtsbehelfen gegen einzelne Vollstreckungsakte.	376
III.	Statthaftigkeit von Rechtsbehelfen gegen die Zulässigkeit der Vollstreckung überhaupt	377
IV.	Geltendmachung von „die Veräußerung hindernden Rechten“	377
I.	Schema zur Prüfung der Rechtmäßigkeit einer Vollstreckungsmaßnahme	378
J.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen	380
I.	Vertiefungshinweise.	380
II.	Wiederholungsfragen.	381
Teil IV	Rechtsschutz	383
Kapitel 18	System der Rechtsbehelfe (<i>Vondung/Büchner</i>)	385
A.	Einführung	385
B.	Förmliche Rechtsbehelfe	386
I.	Im Verwaltungsverfahren: Widerspruch.	386
1.	Gegenstand, Zweck und Rechtsgrundlagen	386
2.	Widerspruchsverfahren	386
3.	Zulässigkeit des Widerspruchs	388
4.	Begründetheit des Widerspruchs.	395
5.	Der Widerspruchsbescheid	397
6.	Der Abhilfebescheid	402
II.	Verwaltungsgerichtliche Rechtsbehelfe	402
1.	Gegenstand, Zweck und Rechtsgrundlagen	402
2.	Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen gerichtlicher Rechtsbehelfe	403
3.	Klagearten und ihre besonderen Zulässigkeitsvoraussetzungen und Begründetheit	403
4.	Vorläufiger Rechtsschutz nach §§ 80 ff. VwGO	407
5.	Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO.	413
C.	Nichtförmliche (formlose) Rechtsbehelfe	413
I.	Rechtsgrundlage	413
II.	Arten.	413
1.	Gegenvorstellung.	414
2.	Fach- oder Rechtsaufsichtsbeschwerde	414
3.	Dienstaufsichtsbeschwerde	414
4.	Petition	414
5.	Europarechtliche nichtförmliche Rechtsbehelfe	414
III.	Rechtsträger	415

Inhaltsverzeichnis

IV.	Rechtsinhalt	415
V.	Gerichtliche Kontrolle	415
	1. Rechtsweg.	415
	2. Klageart	415
D.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen	416
	I. Vertiefungshinweise	416
	II. Wiederholungsfragen.	416
Teil V	Recht der öffentlichen Sachen	417
Kapitel 19	Recht der öffentlichen Sachen	
	<i>(Vondung)</i>	419
A.	Grundlagen des öffentlichen Sachenrechts	419
	I. Einführung	419
	II. Begriff und Status der öffentlichen Sachen.	419
	1. Sachbegriff	419
	2. Öffentlicher Status	420
	III. Entstehung und Beendigung von öffentlichen Sachen	421
	1. Widmung und Indienststellung	421
	2. Voraussetzungen einer Widmung durch VA	422
	3. Entwidmung und Widmungsänderung	423
	IV. Arten von öffentlichen Sachen.	423
B.	Öffentliche Sachen im Zivilgebrauch	424
	I. Öffentliche Sachen im Gemeingebrauch	424
	1. Begriff und Gegenstand des Gemeingebrauchs	424
	2. Straßen als öffentliche Sachen im Gemeingebrauch	424
	II. Öffentliche Sachen im Sondergebrauch.	431
	III. Öffentliche Sachen im Anstaltsgebrauch	432
	1. Begriff	432
	2. Verhältnis: Öffentliches Sachenrecht – Anstaltsrecht.	432
	3. Benutzungsrecht	434
C.	Öffentliche Sachen im Verwaltungsgebrauch.	435
D.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen	436
	I. Vertiefungshinweise	436
	II. Wiederholungsfragen.	436

Inhaltsverzeichnis

Teil VI	Haftung der Verwaltung	439
Kapitel 20	Staatshaftungsrecht	
	<i>(Fleckenstein/Peters)</i>	441
A.	Einführung	441
B.	Schadensersatz wegen Verwaltungsunrecht	441
I.	Haftung bei öffentlich-rechtlichem rechtswidrigem Verwaltungshandeln	442
1.	Unerlaubte Handlung	442
2.	Haftung aus öffentlich-rechtlichem Schuldverhältnis	449
3.	Konkurrenzen	450
II.	Haftung bei privatrechtlichem rechtswidrigem Verwaltungshandeln	450
C.	Entschädigung bei Enteignung und Aufopferung	451
I.	Rechtmäßige Enteignung und Aufopferung	452
II.	Enteignungs- und aufopferungsgleicher Eingriff	452
III.	Enteignender und aufopfernder Eingriff	453
IV.	Eigentumsrechtlicher Ausgleichsanspruch	453
V.	Umfang der Entschädigung	454
D.	Öffentlich-rechtliche Erstattung	454
E.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen	454
I.	Vertiefungshinweise	454
II.	Wiederholungsfragen	454
Anhang		457
Stichwortverzeichnis		459

Literaturverzeichnis

Angegeben sind die häufiger zitierten Literaturstellen.

- Arndt/Fischer/Fetzer*, Europarecht, 12. Aufl. 2019
Beckmann, Raumordnungsrecht, in: Hoppenberg/de Witt, Handbuch des öffentlichen Baurechts, Band 3, Kap. N, Stand: Januar 2019
Beck'scher Online-Kommentar VwVfG, Bader/Ronellenfitsch, 50. Edition, Stand: Januar 2021
Bergmann/Möhrle/Herb, Datenschutzrecht, Loseblattkommentar, 60. EL, Stand 2020
Bergmann/Kennntner, Deutsches Verwaltungsrecht unter europäischem Einfluss, 2002
Bosch/Schmidt/Vondung, Praktische Einführung in das verwaltungsgerichtliche Verfahren, 10. Aufl. 2019
Brühl, Verwaltungsrecht für die Fallbearbeitung, 9. Aufl. 2018
Büchner/Joerger/Trockels/Vondung, Übungen zum Verwaltungsrecht und zur Bescheidtechnik, 5. Aufl. 2010
Büchner/Schlotterbeck, Verwaltungsprozessrecht, 6. Aufl. 2001
Detterbeck, Allgemeines Verwaltungsrecht, 18. Aufl. 2020
Detterbeck/Windhorst/Sproll, Staatshaftungsrecht, 1999
Dürr/Leven/Speckmaier, Baurecht Baden-Württemberg, 16. Aufl. 2018
Eichholz, Europarecht, 4. Aufl. 2018
Engelhardt/App/Schlatmann, Verwaltungsvollstreckungsgesetz/Verwaltungszustellungsgesetz, 11. Aufl. 2017
Erbguth/Guckelberger, Allgemeines Verwaltungsrecht mit Verwaltungsprozess- und Staatshaftungsrecht, 10. Aufl. 2019
Eyermann, Verwaltungsgerichtsordnung, Kommentar 15. Aufl. 2019
Ehlers/Pünder, Allgemeines Verwaltungsrecht, 15. Aufl. 2015
Fehling/Kastner/Störmer, Verwaltungsrecht, 5. Auflage 2021
Herdegen, Europarecht, 22. Aufl. 2020
Hofmann/Gerke/Hildebrandt, Allgemeines Verwaltungsrecht mit Bescheidtechnik, Verwaltungsvollstreckung und Rechtsschutz, 11. Aufl. 2016
Ipsen, Allgemeines Verwaltungsrecht, 11. Aufl. 2019
Katz/Sander, Staatsrecht – Grundlagen – Staatsorganisation – Grundrechte, 19. Aufl. 2019
Klinger/Kunkel/Pattar/Peters, Existenzsicherungsrecht, 3. Aufl. 2012
Koch/Hendler, Baurecht, Raumordnungs- und Landesplanungsrecht, 6. Aufl. 2015
Kopp/Ramsauer, Verwaltungsverfahrensgesetz, 21. Aufl. 2020
Kopp/Schenke, Verwaltungsgerichtsordnung, 26. Aufl. 2020
Kunkel/Kepert/Pattar, Sozialgesetzbuch VIII, 7. Aufl. 2018
Kunze/Bronner/Katz, Gemeindeordnung für Baden-Württemberg, Kommentar, Loseblattausgabe, 4. Aufl. 2014, 28. EL, Stand: Mai 2020
Linhart, Der Bescheid, 5. Aufl. 2017
Mann/Sennekamp/Uechtritz, Verwaltungsverfahrensgesetz, 2. Auflage 2019
Maunz/Dürrg/Herzog, Grundgesetz, Kommentar, Loseblattausgabe, 54. EL, Stand 2009
Maurer/Waldhoff, Allgemeines Verwaltungsrecht, 20. Aufl. 2020
Maurer, Staatsrecht I, 6. Aufl. 2010
O. Mayer, Deutsches Verwaltungsrecht, 2 Bände, 3. Aufl. 1924, Neudruck 1969
Meyer/Borgs, Kommentar zum Verwaltungsverfahrensgesetz, 2. Aufl. 1982
Ossenbühl/Cornils, Staatshaftungsrecht, 6. Aufl. 2013
Papier, Recht der öffentlichen Sachen, 3. Aufl. 1998
Peine/Siegel, Allgemeines Verwaltungsrecht, 13. Aufl. 2020
Peters/Balla/Hesselbarth, UVPG-Kommentar, 4. Aufl. 2019
Peters/Hesselbarth/Peters, Umweltrecht, 5. Aufl. 2016